

V0442/21

1. Änderung der Gebührensatzung für die städtischen Kindertageseinrichtungen
2. Änderung der Benutzungssatzung für die städtischen Kindertageseinrichtungen
(Referenten: Herr Engert, Herr Müller)

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 27.07.2021

Stadtrat De Lapuente merkt an, dass die SPD-Stadtratsfraktion der Verwaltungsvorlage im Hinblick auf die Essenserhöhung zustimmen werde. Die Gebührenerhöhung im gesamten lehne sie aber ab. Als Begründung führt er aus, dass andere Kommunen in der schweren Corona-Zeit überlegt hätten, die Gebühren zu streichen. Dies sei für Ingolstädter Verhältnisse schwer. Im Hinblick auf die vielen Alleinerziehenden und die Eltern mit einem geringen Einkommen sei es zum jetzigen Zeitpunkt ein schlechtes Zeichen, die Gebühren zu erhöhen. Auch im nächsten Jahr solle dies noch ausgesetzt werden.

Die Erhöhung zu verschieben, sei seitens Stadträtin Segerer im Jugendhilfeausschuss bereits angemerkt worden, so Stadtrat Dr. Spaeth. Die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gehe mit, die Gebührenerhöhung nochmals zu verschieben. Dies müsse im nächsten Jahr nochmals diskutiert werden. Die Notwendigkeit zur Erhöhung der Gebühren werde schon gesehen, aber zu diesem Zeitpunkt sei dies ein falsche Signal.

Die CSU-Stadtratsfraktion sei auch der Meinung, die Erhöhung um ein Jahr zu vertagen, die Corona-Entwicklung abzuwarten und dann neu zu betrachten. Es sei davon auszugehen, dass das Thema Corona noch lange nicht ausgestanden sei. Im Hinblick auf die schweren Zeiten der Familien, aber auch darauf, dass die Gebührenerhöhung nicht stetig ausgesetzt werden könne, beantrage die CSU-Stadtratsfraktion, die Entwicklung abzuwarten und im nächsten Jahr nochmals darüber zu beraten. Das sei der Unterschied zum Antrag der FW-Stadtratsfraktion. Die Fraktion spreche sich für die Erhöhung der Verpflegungskosten aus, so Stadtrat Grob.

Herr Engert spricht sich für den Vorschlag der FW-Stadtratsfraktion aus, die Gebühren im nächsten Jahr, also im Herbst 2022, zu erhöhen. Somit könne den Eltern in der Corona Zeit ein Zeitraum eröffnet werden. Er bittet, die Vorlage gegebenenfalls unter Ausnahme der Gebührenerhöhung zu beschließen, da diese eine Reihe von Satzungsänderungen beinhalte. Herr Engert betont, dass sich die Stadt im Hinblick auf die Gebühren nicht zu weit von den Freien Trägern entfernen solle. Das große Ziel in Ingolstadt sei, die Entscheidung über den Besuch einer Einrichtung nicht von den Gebühren abhängig zu machen.

Dies sei einer der Gesichtspunkte der FW-Stadtratsfraktion, so Stadtrat Stachel. Insofern solle heute der Beschluss für eine Gebührenerhöhung im nächsten Jahr erfolgen. Es sei klar, dass die Corona Pandemie nicht so schnell enden werde, aber die Kosten dürfe man nicht aus den Augen verlieren. Die Eltern brauchten Planungssicherheit und nicht jedes Jahr aufs Neue die Diskussion zu den Kitabeiträgen. Weiter verweist er auf die Wortwahl des Briefes des Gesamtelternbeirates. Er mache keinen Hehl daraus, dass ihm dies absolut missfalle. Seines Erachtens sei dieses Schreiben kontraproduktiv. Es könne nicht sein, dass Forderungen gestellt würden. Hierbei handle es sich immer noch um ein Angebot der Stadt.

An Stadtrat Stachel gewandt merkt Stadtrat Höbusch an, dass solche Schreiben im Interesse der Kinder und Jugendlichen ausgehalten werden müssten. Hierbei handle es sich um die Interessensvertretung der Kinder.

Sodann ergeht folgende Beschlussfassung:

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung **V0442/21** geändert durch den Antrag der FW-Stadtratsfraktion **V0705/21**:

Mit 5:8 Stimmen:

Der Antrag wird nicht befürwortet.

Mündlicher Änderungsantrag der Stadtratsfraktionen CSU und SPD –

Keine Gebührenerhöhung in diesem Jahr und im nächsten Jahr neu darüber zu beraten, und Erhöhung der Essensgebühren:

Mit 8:5 Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Abstimmung über alle anderen Änderungen der Satzung:

Mit 13:0 Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.